



BEBAUUNGSPLAN Nr.

der Stadt Hanau Stadtteil Wolfgang
 Flangebiet "Orttangente von der Gemarkungs-
 grenze Rodenbach bis zur B 43"
 gemäß §§ 9 - 12 BBauG vom 23. Juni 1960
 (M 1:1.000)
 Zeichenerklärung gemäß Planzeichenvordnung
 vom 19. Januar 1965

1. Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrswege
 sonstige überörtliche oder örtliche Hauptverkehrswege
2. Verkehrsflächen
 Straßenverkehrsfläche
 Straßenbegrenzungslinie
3. Sonstige Darstellungen und Festsetzungen
 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
 Böschung
4. Führung oberirdischer und unterirdischer Versorgungsanlagen
 vorhanden geplant
 elektr. Hochspannungsfertnkabel
 Wasserversorgungsleitungen

HINWEISE
 Nach den §§ 5 und 6 des Preussischen Abgrabungsgesetzes sind alle auftretenden Bodenfunde unverzüglich zu melden. Die Fundstelle muß gegebenenfalls bis zu einer Besichtigung, jedoch nicht länger als 5 Tage nach der Anzeige, in dem ursprünglichen Zustand belassen werden.
 Bodenfunde sind gemäß §§ 5 und 6 des Preussischen Ausgrabungsgesetzes unverzüglich an Herrn Dr. Dielmann, 6450 Hanau, Stadtverwaltung (Kulturamt), anzuzeigen.

An der B 43 liegt ein wichtiges Fernmeldekabel der Deutschen Bundespost, das im Zuge der vorgesehenen Straßenbauarbeiten geschützt werden muß. Das Fernmeldeamt bittet 6 Monate vor Beginn der beabsichtigten Straßenbauarbeiten um Benachrichtigung.

Bei der Ausführung der Baumaßnahme "Orttangente" wird um Beachtung der Gasochdruckleitung gebeten. Die Überdeckung von 0,8 bis 1,0 m darf nicht verringert werden. Evtl. ist der Einbau von Schutzrohren vorzusehen. Beschädigungen an der Isolierung oder am Stahlrohr sind sofort den Stadtwerken Hanau zu melden. Die Erdbaufirma hat vor Baubeginn in die vorhandenen Lagepläne bei den Stadtwerken Hanau Einsicht zu nehmen.

Für die Verlegung bzw. Verrohrung des Vorflutgrabens bedarf es eines Planfeststellungsverfahrens gem. § 59 HWG.

5. Genehmigungsvermerke
 Es wird bescheinigt, daß die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke mit dem Nachweis des Liegenschaftskatasters übereinstimmen.
 Hanau, den ...11.03.1975...
 KATASTERAMT
 (L.S.) **gez. AURICH**
 Reg. O. Vermessungsrat

Die Bekanntmachung der Offenlegung und Genehmigung erfolgt entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Hanau.

Die Unterzeichnung durch die Stadt erfolgt entsprechend den Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hanau hat in ihrer Sitzung vom ...18.2.1974... den Entwurf des Bebauungsplanes zugestimmt und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden gemäß § 2 Abs. 6 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGRl. I, S. 341) am ...19.10.1974... ortsüblich durch Veröffentlichung in Hanauer Anzeiger bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit Begründung vom ...21.10.1974... bis ...26.11.1974... im Rathaus der Stadt Hanau - Stadtplanungsamt - Zimmer Nr. 323 öffentlich ausgelegen.

Hanau, den ...12.02.1975...
 (L.S.) **gez. NIEDENHALL**
 VERMESSUNGSRAT

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hanau hat den Bebauungsplan in ihrer Sitzung am ...27.1.1975... nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen gemäß § 10 BBauG als Sitzung beschlossen.

Hanau, den ...12.03.1975...
 (L.S.) **gez. GOSS**
 STADTRAT

Der von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hanau in der Sitzung vom ...23.06.1975... beschlossene Bebauungsplan wird hiermit gemäß § 11 BBauG nach Maßgabe der Verfügung 214 ... vom heutigen Tage genehmigt.

Darmstadt, den (L.S.)
 Der Regierungspräsident

Die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung des Bebauungsplanes sind am ...23.06.1975... ortsüblich bekannt gemacht worden.

Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung gemäß § 12 BBauG vom ...23.06.1975... bis ...24.07.1975... öffentlich ausgelegt.

Nach Ablauf dieser in der Hauptsatzung der Stadt Hanau vorgesehenen Auslegungsfrist wurde der Bebauungsplan am ...24.06.1975... rechtswirksam.

Hanau, den ...11.09.1975...
 (L.S.) **gez. NIEDENHALL**
 VERMESSUNGSRAT

Genehmigt

mit Vfg. vom 28. April 1975 Az. V/3-61 dJ4/01
 Darmstadt, den 28. April 1975

Der Regierungspräsident
 Im Auftrag
HENSEL

M 1:1000